

Islamische Reformkräfte stärken! KNA-Interview mit Prof. Hans Küng (7.2.06)

Herr Prof. Küng, der Westen steht fassungslos und ohnmächtig vor den Ausschreitungen in islamischen Ländern gegenüber westlichen Einrichtungen. Können Sie das als Folge der Mohammed-Karikaturen aufgetretene Phänomen erklären?

Wir sind konfrontiert mit einem hochexplosiven Gemisch aus verschiedenen Konflikten, Problemen und Politiken, welches die Lage als reichlich chaotisch erscheinen läßt. Selbstverständlich bin ich, wie übrigens auch alle großen muslimischen Organisationen in Europa, gegen jegliche Gewaltreaktion, gegen Einzelpersonen wie gegen westliche Einrichtungen, und ich verurteile die Vernichtungsandrohungen des iranischen Präsidenten Ahmadinedschad gegenüber dem Staat Israel. Aber gleichzeitig sollten wir nicht übersehen, daß die Karikaturen nur der Auslöser sind für all die tiefer liegenden Frustrationen und Ressentiments in der islamischen Welt; über unsere Mitverantwortung dafür sollten wir im Westen selbstkritisch reflektieren, statt nur mit dem Finger auf den Islam zu zeigen.

Es ist die Rede von einem „Clash of Civilizations“, einem Zusammenprall der Kulturen, wie es der Politologe Samuel Huntington getan hat. Geben Sie ihm Recht?

Nein, seine allzu simple und schematische Theorie ist und bleibt falsch, weil Kulturen nicht Krieg gegeneinander führen. Sie überlappen sich an vielen Stellen und haben viel Gemeinsames, so daß auch Menschen verschiedener Kulturen durchaus friedlich zusammenleben können. Aber eine falsche Politik, basierend auf einem Feindbild Islam, kann das Blockdenken fördern und diese falsche Theorie wahr machen: Sie wird dann eine sich selber erfüllende Prophezeiung.

Wäre der eskalierende Karikaturenstreit vermeidbar gewesen?

Durchaus. Der dänische Ministerpräsident Rasmussen hat in totaler Fehleinschätzung der Lage mehrere Chancen zum Dialog verpaßt:

1. Schon am 15. Oktober 2005 hat er die Großdemonstration bisher nicht demonstrierfreudiger dänischer Muslime vor dem Rathaus von Kopenhagen ignoriert.
2. Er hat die Bitte der Botschafter von elf muslimischen Nationen um ein Gespräch brüsk zurückgewiesen.
3. Er hat die darauffolgende Reise führender dänischer Muslime mit dem Imam von Kopenhagen nach Kairo, um Hilfe bei ihren Glaubensgenossen zu erlangen, in ihrer Brisanz nicht durchschaut, obwohl so die Kunde von der Beleidigung des Propheten in die ganze islamische Welt gebracht wurde;
4. Selbst angesichts erster Zornausbrüche in islamischen Ländern hat er aus rein formalen Gründen eine klare Entschuldigung verweigert für eine bewußt geplante Provokation einer regierungsnahen Zeitung, welche in leichtsinniger Weise die Grenzen der Meinungsfreiheit testen wollte.

Ist das eine ehrliche Empörung von Muslimen, oder schüren islamische Fundamentalisten den Volkszorn?

Zweifellos gibt es radikale Islamisten, für welche die Karikaturen eine willkommene Bestätigung ihres Zerrbildes vom Westen sind und die den Volkszorn instrumentalisieren. Doch die Proteste waren nicht zentral gesteuert, wohl aber von bestimmten Organisationen gelenkt. Aber dieser Volkszorn könnte gar nicht instrumentalisiert werden, wenn nicht der Westen soviel politisches Brennmaterial aufgeschichtet hätte, daß es nur einen Funken brauchte, um die angestaute Frustration und Wut zur Explosion zu bringen. Tiefer liegende Ursachen:

- der durchaus vermeidbare Krieg in Afghanistan,
- der völkerrechtswidrige und unmoralische Krieg im Irak, aufgebaut auf einem Lügengebäude,
- das Unterdrückungsregime im muslimischen Tschetschenien
- die seit Jahrzehnten verzögerte Gründung eines zusammenhängenden und lebensfähigen Palästinenserstaates und der Bau einer Mauer quer durch das Land.

Sind die Auswirkungen des Karikaturenstreits auch auf die deutsche Außenpolitik schon sichtbar?

Leider ja, obwohl sie nur indirekt mit dem Karikaturenstreit zu tun haben. Aber einseitige politische Stellungnahmen für die israelische Politik gegenüber der Hamas, der Siegerin in demokratischen Wahlen, oder einseitige Maximalforderungen an Iran werden in der islamischen Welt als islamfeindlich betrachtet. Hier nach beiden Seiten ausgewogen und mutig Stellung zu beziehen, wäre die beste Diplomatie.

Es heißt immer wieder, der Islam habe keine Aufklärung durchgemacht wie das Christentum und komme deswegen mit modernen Gesellschaftsformen in Konflikt. Kann man Aufklärung erzwingen?

Weder Aufklärung noch Demokratie können einem Volk von außen, gar durch Krieg, aufgezwungen werden. In Europa war dies ein jahrhundertelanger Prozess. Diese Bewegung muß von innen her kommen und zugleich von außen unterstützt werden. Aber anstatt dass die USA zum Beispiel den reformwilligen iranischen Präsidenten Mohammad Chatami unterstützt hätten, haben sie ihn als Repräsentanten einer »Achse des Bösen« abqualifiziert – und sich dafür den fundamentalistischen Extremisten Ahmadinedschad eingehandelt. Es gibt in allen muslimischen Staaten Extremisten, aber eben auch aufgeklärte und reformorientierte Muslime. Es käme darauf an, die gewaltbereiten Fundamentalisten in der Gesellschaft zu isolieren, indem man die Reformkräfte stärkt. Ein gutes Beispiel für diese Politik ist das Verhältnis zur Türkei: Unabhängig von der Frage, ob dieses bevölkerungsreiche muslimische Land einmal Mitglied der EU werden soll oder nicht, ist in jedem Fall der Prozeß der Demokratisierung mit allen politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Mitteln zu unterstützen. Dort kann so etwas wie eine islamische Demokratie entstehen, die mehr als das laizistische System Atatürks auch der islamischen Religion eine gesellschaftliche Bedeutung zumißt, andererseits aber auch dem gewalttätigen Fundamentalismus wehrt.

Die Ausschreitungen wurden ausgelöst durch Mohammed-Karikaturen in westlichen Zeitungen. Ein Chefredakteur wurde gefeuert, Medien mussten sich entschuldigen. Sind jetzt Meinungs- und Pressefreiheit in Gefahr?

Sicher nicht. Selbstverständlich muß die verfassungsmäßig garantierte Meinungs- und Pressefreiheit in jedem Fall hochgehalten werden. Aber Pressefreiheit schließt auch Presseverantwortung ein. Der InterActionCouncil früherer Staats- und Regierungschefs unter der Leitung von Altbundeskanzler Helmut Schmidt hat sich schon vor einiger Zeit eingesetzt für eine »Allgemeine Erklärung der Menschenpflichten«, welche die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte unterstützen sollte. Leider wurde sie gerade von internationalen Presseverbänden angegriffen, weil darin der Artikel 14 klar formuliert: »Die Freiheit der Medien bringt eine besondere Verantwortung für genaue und wahrheitsgemäße Berichterstattung mit sich. Sensationsberichte, welche die menschliche Person oder die Würde erniedrigen, müssen stets vermieden werden.« Das heisst: Wenn es schon nicht erlaubt ist, einzelne Individuen zu diffamieren und in ihrer Würde zu verletzen, dann sollte man auch mit den religiösen Leitfiguren der Menschheit in den Medien taktvoll umgehen, ob das nun der Prophet Muhammad oder Jesus Christus ist. Uneinsichtige Verteidiger einer schrankenlosen Pressefreiheit schaden dieser Freiheit selbst und rufen dann inadäquate Reaktionen hervor. Erfreut bin ich darüber, daß im Medienbereich immer häufiger Ethik-Codes formuliert und zur Anwendung gebracht werden.

Interview: Uwe Renz (KNA)